

Eine Schlappe für die ganze Region

Agglomerationsprogramm Langenthal. Von den 1,6 Milliarden Franken aus dem Infrastrukturfonds, die der Bund für wichtige Verkehrsvorhaben einsetzen will, wird der Oberaargau nichts sehen: Das Agglomerationsprogramm Langenthal von der Geschäftsstelle Region Oberaargau ist beim Bund gescheitert; und zwar so deutlich, dass es als einziges von 30 eingereichten Programmen nicht einmal den Experten unterbreitet worden ist. Oberaargauer Politikerinnen und Politiker haben bereits reagiert. Für dieses Mal dürfte der Zug jedoch abgefahren sein.

Ende 2007 hat das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) 30 Agglomerationsprogramme, darunter auch dasjenige von Langenthal, fristgerecht entgegengenommen. Das UVEK hat die eingereichten Programme geprüft. Gestützt darauf hat der Bundesrat im Dezember 2008 das Vernehmlassungsverfahren zum Bundesbeschluss über die Finanzierungsetappe 2011 bis 2014 für das Programm Agglomerationsverkehr eröffnet. Die Finanzierung beginnt voraussichtlich Anfang 2011. In der (Vor-)beurteilung kam der Bund zum Schluss, dass das Agglomerationsprogramm Langenthal die Grundanforderungen nicht erfüllt. Das Dossier hat derartige Lücken und Mängel aufgewiesen, dass der Bund nicht einmal die Experten mit der Überprüfung desselben bemüht hat.

Aus diesem Grunde können Langenthal und die 13 Agglomerationsgemeinden für die erste Phase 2011 bis 2014 nicht von Bundesbeiträgen profitieren. Über die Freigabe der im Infrastrukturfonds reservierten Bundesbeiträge für diese erste Periode 2011 bis 2014 wird das Parlament beschliessen; die Vernehmlassungsfrist läuft am 17. April 2009 ab.

Rettungsversuche

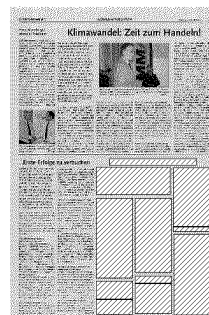
Die Oberaargauer Grossräte haben umgehend reagiert und eine überparteiliche Motion zur «Rettung für das Agglomerationsprogramm Langenthal» eingereicht. Darin wird der Regierungsrat des Kan-

tons Bern beauftragt, einerseits «bei den zuständigen Bundesbehörden vorstellig zu werden, um dem Agglomerationsprogramm Langenthal die Aufnahme in die Finanzierungsetappe 2011 bis 2014 für das Programm Agglomerationsverkehr zu ermöglichen», andererseits «bei den zuständigen regionalen Institutionen (Region Oberaargau) auf eine rasche und fundierte Überarbeitung des Agglomerationsprogrammes Langenthal gemäss den Vorgaben des Bundes zu dringen» (Zitate). Die Motion wurde von Kathrin Zumstein (FDP), Daniel Steiner-Brütsch und Reto Steiner (beide EVP), Markus Meyer (SP), Christian Hadorn (SVP) und Dieter Widmer (BDP) unterzeichnet.

Zusätzlich ist der Langenthaler EVP-Grossrat und Stadtrat, Daniel Steiner, mit einer Interpellation an den Gemeinderat Langenthal gelangt, in welcher er eine konkrete Stellungnahme verlangt und über das weitere Vorgehen des Gemeinderats informiert werden möchte. «Politisch muss dies Konsequenzen haben, da damit der Region Oberaargau mehrere Millionen Franken entgehen», sagte er dazu. Schon im Vorfeld hatte Daniel Steiner öffentlich Besorgnis geäussert, ob beim Erarbeiten des Agglomerationsprogramms die nötige Sorgfalt angewandt worden sei.

Chance verpasst

Trotz allen Bemühungen wird der Oberaargau von dieser ersten Finan-



zierungsetappe nicht profitieren können. Der umfangreichen, auf sämtliche kantonalen Projekte bezogenen Stellungnahme des Regierungsrats ist einzig zu entnehmen, dass «der Regierungsrat die Rückweisung des Langenthaler Projekts bedaure», und Regierungsrätin und Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin Barbara Egger-Jenzer sagte gegenüber der Presse, dass die Geschäftsstelle Region Oberaargau vom Kanton mehrmals darauf hingewiesen worden sei, dass das Dossier überarbeitet werden müsse.

«Die Region Oberaargau hat eine Chance verpasst», schreiben SP-Grossrat Markus Meyer (Präsident SP Oberaargau) sowie die SP-Grossrätinnen Dorette Balli und Nadine Masshardt in einer Pressemitteilung. Mit Hilfe der Bundesmillionen hätten in der Agglomeration Langenthal und in den angrenzenden Gebieten primär Velo-Wegnetze ausgebaut und Ortsdurchfahrten saniert werden sollen. «Wir können davon ausgehen, dass diese Projekte nun gestorben oder zumindest auf die lange Bank geschoben worden sind», befürchten sie. Sie erwarten von den Verantwortlichen eine Reaktion und Konsequenzen: «Es darf nicht sein, dass nach einem derartigen Desaster einfach zur Tagesordnung übergegangen wird. Die Region verfügt über eine Organisation und eine

Geschäftsstelle. Hier ist eine Überprüfung angezeigt», schreiben sie.

Einseitige Planung

Enttäuscht äussert sich die VCS-Regionalgruppe Oberaargau-Emmental. «Offenbar wurden Fehler gemacht und trotz mehrmaligen Hinweisen der übergeordneten Stellen nicht korrigiert», stellt der Präsident Adrian Wüthrich fest. In den Augen des VCS sei es nicht rühmlich, wenn Langenthal als einzige Agglomeration der Schweiz, die ein Agglomerationsprogramm eingereicht habe, die Grundanforderungen nicht erfülle. Die Fehler müssten eruiert, analysiert und die entsprechenden Schlüsse gezogen werden. Und vor allem: «Die verantwortlichen Gremien müssen jetzt alles unternehmen, damit für den nächsten Bundesbeschluss 2015 bis 2018 ein taugliches Agglomerationsprogramm vorliegt.» Denn immerhin wolle die gleiche Region vom Bund Geld für den Autobahnzubringer, doch «der VCS fordert, dass der Langsamverkehr auch ernst genommen wird.» Es dürfe nicht sein, dass wegen Planungsfehlern der Region Oberaargau Verbesserungen im Langsamverkehr, im öffentlichen Verkehr und Sanierungen von Strassen verunmöglicht würden.

Liselotte Jost